

Bei den meisten Leuten schwächt die Erinnerung an die Vergangenheit die Energie im Kampf um die Gegenwart und die Hoffnung auf die Zukunft.

Maxim Gorki

Gedanken zum Tag

Die Vergangenheit im Herzen als Richtschnur und Lehre für das Handeln in der Zukunft

Wolfgang Kroschel, Redakteur von ISOR aktuell

Wer heute etwa 60 Jahre alt und in der durch die „Ostgebiete“ erweiterten Bundesrepublik lebt und dort aufgewachsen ist, hat die erste Hälfte seines Lebens eine „diktaturozialisierte“ Existenz hinter sich, wie die irrtumsfreien Interpreten in der alten Republik herausgefunden haben.

Diese mitunter nicht zu verstehenden Wesen sind unter der Fahne ihre Landes in Kindergärten und Schulen, in Ausbildungsstätten und Universitäten gegangen, während die mit Hammer, Zirkel und Ährengarben Beschäftigten ihnen diesen Weg durch ihre Arbeit ermöglichten. Sie gaben einen erheblichen Teil ihres Arbeitslohnes dafür her. Das war nicht immer ohne Probleme und auf mancher Seite gab es auch Bitteres zu schlucken, wie es wohl in jeder Gesellschaft passiert.

Zumindest für junge Männer war der Weg in eine Universität zuvor mit der Erwartung der Gesellschaft verbunden, dass sie sich des Vertrauens der Frauen und Männer in den Werkhallen, und Laboren und auf den Feldern würdig erweisen und ihre Pflicht, erweitert auf Ehrenpflicht, beim militärischen Schutz der Republik erfüllen. Da knirschte mancher mit den Zähnen, der nicht bedachte, dass die von ihm zeitweilig zu schützende Gesellschaft einen erheblichen Teil ihres Vermögens für die materiell sorgenfreie Studentenlaufbahn der künftigen Akademiker ausgab.

„So aber nicht!“, entschieden die herbeigeeilten Richter über „das Leben der Anderen“. „Wir entscheiden, was von eurem Leben zu halten ist und wie es künftig zu sein hat. Ganz ohne Diktatur!“ Du falsch Sozialisierter hast bei uns keinen Platz; ob als Akademiker, Diplomat, Lehrer, Wissenschaftler, oder gar - wie schrecklich - ihr Funktionsträger der Gesellschaft, ihr Richter, Staatsanwälte, Offiziere, von denen es gleich neben dem Gottseibeins die „Stasi“ gab. (Gleich zu Anfang wussten es die Importierten nicht, wie man das nennen sollte und verhaspelten sich zunächst und sagte „der Stasi“ und meinten „der Staatssicherheitsdienst“. Das sagte aber kein Sozialisierter und man nahm davon Abstand.)

Der Hass ist grenzen- und zeitlos. Die „Ehemaligen“, ob Küchenfrau, Kindergärtnerin, Kraftfahrer oder Schreibkraft zahlen noch heute jeden Monat mehrere Hundert Euro in Form ihnen gestohlener Rente dafür, weil sie neben den „Hauptamtlichen“ dafür gesorgt haben, dass sie altgediente und versteckte Nazi-Verbrecher aus ihren Löchern holten, neue Nazis und ihre „Untergründe“ mitsamt ihren Terrorgruppen und Mörtern gar nicht erst an die Oberfläche ließen, Anschläge und Attentate, und Todesopfer also Terror verhinderten, die Volkswirtschaft vor Sabotage zu schützen wussten. Mit der Unterstützung inoffizieller Kräfte und der „Kräfte des Zusammenwirkens“ in der VP, NVA und der Zollverwaltung war der alles bestimmende Grundsatz, Straftaten gar nicht erst zuzulassen, sondern ihnen vorzubeugen.

Ja, es wurden auch Unbescholtene verdächtigt und sanktioniert und das ist zu kritisieren. Mitunter war der Einsatz inoffizieller Kräfte unverhältnismäßig und hat Unbeteiligten geschadet. Aber niemals wäre es passiert, dass ein sogenannter V-Mann in einer Gaststätte sitzt und nicht bemerkt haben (will), wie an der Theke der Wirt erschossen wurde und noch in seinem Blut liegt, während der gut bezahlte Spitzel seine acht Groschen auf die Theke legt und verschwindet. Dieses verbürgte Beispiel mag die Unterschiede zwischen den Geheimdiensten zur Kenntlichkeit entlarven.

Das aber spielt in der veröffentlichten Meinung keine Rolle. Dr. Peter-Michael Diesel, letzter Innenminister der DDR, schreibt in seinem Vorwort zum zweibändigen Werk „Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS“ (edition ost 2002): „Dieses Buch genügt wissenschaftlichen Ansprüchen und steht damit im auffälligen Gegensatz zu (...) Möchtegern-Historikern, Politikern im Talar, einäugigen Bürgerrechtler sowie unzähligen Viel- und Dampfschreibern. Für die schnelle Mark und den Eintagsruhm stürzten sie sich auf MfS-Akten, ohne sie in den politischen bzw. gesellschaftlichen Zeitrahmen zu stellen.“

Sie schrieben vom toten Papier ab und publizierten fast immer, ohne mit lebenden Zeitzeu-

gen gesprochen zu haben. Sie fabrizieren eine vergiftete Atmosphäre in Deutschland, die der mentalen Einheit entgegenstand und zum Teil noch steht – und wohlwollend unterstützt von einer Politik, die auf die Delegitimierung der DDR und die Auflösung der DDR-Eliten gerichtet war. Als wichtigstes staatliches Instrument dafür diente und dient die sogenannte Gauck-Behörde. Deren Opfer bleiben ebenso unvergessen wie die des MfS.“

Die „Behörden“ gibt es in dieser Form nicht mehr, aber die vergiftete Saat auch gegen die mentale Einheit ist aufgegangen; sie ist „nachhaltig“, wie die Aktenverweser es beabsichtigten. Sie öffneten ja nicht „die Akten der Stasi“, wie das zum „30. Jahrestag“ dieser so genannten Aktion im Dezember in den Medien gefeiert wurde. Vielmehr ließen sie unter sorgfältiger Betreuung Einblicke in ausgewähltes operativ wertloses privates Geschreiblese von Hinz über Kunz oder Natur- und Umweltaktivisten zu, die sich über den Zustand der ökologischen Situation in der DDR empörten. Sie erreichten damit in der Tat eine ungesunde Atmosphäre in ihrer Umwelt, und zwar zwischen den Beziehungen vieler Menschen. Divide et impera – Teile und herrsche.

Teile und herrsche nicht nur über die Vergangenheit. „Ohne in den politischen und bzw. gesellschaftlichen Zeitrahmen zu stellen“ (Diesel im Jahre 2002) werden auch heute Menschen stigmatisiert, die, wie anfangs erwähnt, in der DDR aufgewachsen und „sozialisiert“ (bundesdeutsch für erzogen) wurden. Da reicht es, wenn junge Männer ihren Wehrdienst im Wachregiment des MfS abgeleistet haben, ohne dass sie je operativ gearbeitet haben. Jüngere Beispiele aus Berlin und Neubrandenburg belegen, dass damit der Stab über sie gebrochen war und sie den Medien zum Fraß vorgeworfen wurden. Sie hatten überhaupt noch keinen Einblick in die Arbeit des Geheimdienstes, geschweige dass sie daran mitwirkten und eine wie auch immer zu belegende „Schuld auf sich luden“. Die Praxis zeigt, dass Kinder und selbst Enkel noch heute von als „staatsnah“ stigmatisierten Menschen beäugt und behindert werden, wenn sie Positionen im öffentlichen Leben einnehmen könnten. Ein Blick in das 50jährige „Jubiläum“ der Berufsverbote, das im Mutterland der „freiheitlich demokratischen Grundordnung gerade Erinnerungen und öffentliche Reaktionen der damals Betroffenen hervorruft, lässt die Schnüffelei und ihre Konsequenzen für so manchen Lebenslauf in Erinnerung rufen.“

Die Methoden von damals sind die Vorlage für das Vorgehen gegen die DDR-Eliten, wobei nicht nur Angehörige von bewaffneten Organisationen erfasst sind; mitunter reicht auch schon eine positive Einstellung zur Gesellschaftsform jenseits des Kapitalismus. Zu Hass und öffentlicher Verurteilung durch die Medien reichte es damals wie heute, womit das Ziel erreicht ist.

Die Not, jederzeit neue „Enthüllungen“ über die Staatssicherheit der DDR hervorholen zu müssen und aus dem leeren Topf zu schöpfen, zeigt sich für das Zentralorgan der großen Buchstaben, als es eine normale Protokollmeldung von vor 38 Jahren hervorriss des Inhalts, die „Stasi observierte“ Olaf Scholz, als er mit einer Juso-Delegation einer Einladung des Zentralrates der FDJ folgte und Mitte der 80er Jahre die DDR besuchte. Dabei sprach er – Überraschung! – mit dem Vorsitzenden der FDJ, Eberhard Aurich und dem Sekretär es ZK der SED Egon Krenz. Diese Gesprächspartner erinnern sich gut daran, dass die westdeutsche Juso-Delegation unter Leitung ihres Vorsitzenden Rudolf Hartung der DDR-Seite versicherte, sie würden die Aktionen gegen die Stationierung amerikanischer Pershing II und Cruise Missiles in Westeuropa unterstützen und für ein von Atomwaffen freies Europa eintreten. Nun sind die Atomwaffen aber noch da, sie werden sogar modernisiert. Und das ist wohl der inzwischen bekannt gewordenen Vergesslichkeit des Juso-Veteranen zuzuschreiben.

Zu einer anderen Art der Vergesslichkeit gehört aber auch:

Ab 1989/90 gibt es keine politische Kraft, die einräumt, dass das Sicherheitsorgan für die Sicherheit eben jener Gesellschaft sorgte, die durch eine „führende Partei“ dominiert wurde, ja, als deren „Schild und Schwert“ sie in regelmäßigen Grußadressen zum 8. Februar gerühmt wurde. Zum schlechten Ende und zur Rettung ihres eingebildeten guten Rufs ließ sie Schild und Schwert fallen. Da war aber auch schon ihr Arm angerostet. Ihr immer weiteres Abrücken von einer klaren Friedenspolitik und innere Einflusskämpfe zeugen davon, dass der Zerfall fortschreitet, der ja durch das Bauernopfer MfS vermieden werden sollte. Eine untergehende Gesellschaft liebt nur den Verrat.

Auf einer unserer Fahnen hat Friedrich Engels mit seiner Aussage Platz, die er wohl als Militärstrategie in damaliger Situation traf: „In jeder Revolution geschehen unvermeidlich eine Menge Dummheiten, gerade wie zu jeder anderen Zeit, und wenn man sich endlich wieder Ruhe genug gesammelt hat, um kritikfähig zu sein, so kommt man notwendig zum Schluss: Wir haben viel getan, was wir besser unterlassen hätten, und wir haben viel unterlassen, was wir besser getan hätten, und deswegen ging die Sache schief.“

Aus der Arbeit des Vorstandes

Zum Jahresauftakt 2022 haben der Vorsitzende und der Vorstand der ISOR eine Reihe von Zuschriften und Telefonanrufen erhalten, in denen unserer Organisation und ihren Mitgliedern ein

glückliches, gesundes und erfolgreiches Neues Jahr gewünscht wird. Oftmals wurden diese Wünsche mit dem Dank für die von ISOR im vergangenen Jahr geleistete Arbeit verbunden. Für die vielen guten Wünsche und anerkennenden Worte danken wir sehr herzlich.

*

Glückwünsche erhielten wir u.a. vom Verband zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR, von der Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM), vom DDR-Kabinett Bochum, von TIG-Vorständen, Mitgliedern von TIG und von Prof. Dr. Dr. Detlef Merten.

*

Die Auszeichnung mit der Medaille anlässlich des 30. Jahrestages des Bestehens von ISOR erfolgte wie vorgesehen 2021 und wurde abgeschlossen. Die Veranstaltung zur Auszeichnung war in der Regel auch zugleich der Höhepunkt der Tätigkeit der TIG im Jahr 2021.

Alle 500 gefertigten Medaillen wurden würdig übergeben.

Die Ehrung der Aktivisten sowie der jeweiligen TIG als Teil der ISOR-Gemeinschaft trug zur weiteren Festigung unserer Zusammenhörigkeit bei. Sie stützt sich auf die Tradition unserer Gemeinschaft, auf unser Wirken als Zeugen gegen politische Willkür, einen unermüdlichen Kampf um soziale Gerechtigkeit und Frieden im Zusammenwirken mit den politischen Kräften mit diesen Zielrichtungen.

*

Genossinnen und Genossen,

als auch in der Partei DIE LINKE aktiv Mitstreitende möchten wir uns sehr herzlich bei den zahlreichen Verfasserinnen und Verfassern der zumeist tiefgründig geschriebenen Beiträge in unserem **ISOR-aktuell** Blättchen bedanken.

Oftmals wird uns dabei argumentatives Rüstzeug für eigene Auseinandersetzungen in unserem Umfeld gegeben. Das gilt vor allem für die Friedenspolitik und die Widerlegung der zahlreichen Feindbilder, die seitens der anderen Parteien und leider auch der meisten Massenmedien - vor allem die VR-China und Russland betreffend - verbreitet werden.

Beachtet bitte, dass es in der Partei DIE LINKE immer weniger parteierfahrene Genossinnen und Genossen gibt. Nach dem Anschluss der DDR an die BRD sind nicht wenige politisch gebildete Genossinnen und Genossen politisch inaktiv geworden und leider haben wir auch viele Todesfälle zu beklagen. Über jeden Eintritt von ISOR-Freunden würden wir uns freuen, so sie es nicht bereits sind. In der Partei DIE LINKE haben wir erfreulicherweise inzwischen sehr viele Genossinnen und Genossen, deren Alter um die Dreißig und darunter liegt. So sind auch einige politisch noch nicht völlig durchdachte Auffassungen bei einigen Beitragenden der LINKEN zu erklären. Darauf kann man aber nur innerhalb der Partei einen vernünftigen Einfluss nehmen. Uns gelingt das natürlich auch nicht immer.

Aber Welch andere Partei außer der LINKEN könnte denn heutzutage noch ernsthaft die Interessen der friedliebenden Menschen, der sozial Benachteiligten und des gesellschaftlichen Fortschritts vertreten. Sie muss gestärkt im Bundestag, den Landtagen und Kreistagen sowie auf kommunaler Ebene vertreten sein! Bitte, helft uns dabei!

Im **ISOR-aktuell** Blatt 01/2022 schrieb unser Vorsitzender Horst Parton, wie bei uns in der DDR erfolgreich Seuchen bekämpft worden sind. So sehen wir das auch. In der als „Unrechtsstaat“ diffamierten DDR hätten sicherlich längst alle Bürgerinnen und Bürger ausreichenden Impfschutz erhalten und Corona bildete evtl. noch eine Randerscheinung. Unsere Kinder und Enkel könnten wieder ohne Sorgen um eine Verseuchung in die Zukunft blicken.

Deshalb haben wir auch wie unser Vorsitzender keinerlei Verständnis dafür, wie Impfverweigerung als persönliches Freiheitsrecht deklariert werden kann.

Kein vernünftiger Mensch sollte für so etwas auch noch das Demonstrationsrecht missbrauchen. Wie viele Tote und welche Überlastung unserer Intensivstationen brauchen denn solche Leute noch, um zur Vernunft zu kommen?

Dr. sc. nat. Heide Wissel und Günther Wissel

*



Der Vorsitzende des Ältestenrates der Partei Die Linke, Hans Modrow, hat in der vergangenen Woche einen Brief an die Kovorsitzenden der Partei, Susanne Hennig-Wellsov und Janine Wissler, gerichtet, jW dokumentiert im Folgenden das bislang nicht veröffentlichte Schreiben, das als Beitrag zur Diskussion vor dem Parteitag im Sommer in Erfurt gedacht ist.

Liebe Susanne, liebe Janine,

zum ersten Mal seit vielen Jahren blieb ich dem stillen Gedenken in Berlin-Friedrichsfelde fern, konnte nicht gemeinsam mit Euch und vielen anderen jene ehren, auf deren Schultern unsere Partei steht. Ich fehlte nicht aus politischen Gründen, wie manch anderer, sondern aus gesundheitlichen: Ich lag im Krankenhaus. Die medizinischen Diagnosen sind nicht eben freundlich, weshalb ich es für angezeigt halte, meine Angelegenheiten zu regeln. Darum auch dieser Brief. Er soll zugleich mein Beitrag sein für die Diskussion im Vorfeld des Parteitages in Erfurt.

Die Partei Die Linke – hervorgegangen aus WASG und PDS, und diese wiederum aus der SED, welche ihre organisatorischen Wurzeln in der KPD und der SPD hatte – befindet sich in einer kritischen Situation. Diese entstand nicht erst durch das desaströse Resultat bei den Bundestagswahlen. Das Ergebnis machte die innere Verfasstheit lediglich sichtbar. Wenn die Partei sich nicht im Klaren ist, wofür sie steht und was ihr Zweck ist, wissen dies auch nicht die Wähler. Warum sollen sie ihre Stimme einer Partei geben, deren vordringlichstes Interesse darin zu bestehen scheint, mit SPD und Grünen eine Regierung bilden zu wollen? Dass diese Vorstellung offenkundig in der Führung und unter den Mandatsträgern dominiert, ist weder dem Wirken einzelner Genossinnen und Genossen zuzuschreiben noch das Resultat einer einzigen falschen Entscheidung. Es ist Folge einer jahrelangen, Jahrzehntelangen Entwicklung. Wann dieser Prozess einsetzte, und wer ursächlich dafür verantwortlich zeichnet, lässt sich so wenig beantworten wie die Frage, ob der Realsozialismus nach dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 oder mit dem Prager Frühling 1968 hätte gerettet werden können. Wir wissen es nicht.

Alles auf den Prüfstand.

Wir kennen jedoch die demokratischen Spielregeln. Wir haben uns auf sie eingelassen, wie wir eben auch die gesellschaftliche Realität zur Kenntnis nehmen müssen, ob uns diese nun gefällt oder nicht. Schon Bismarck wusste und handelte entsprechend: »Wir müssen mit den Realitäten wirtschaften und nicht mit Fictionen.« Zu den demokratischen Spielregeln gehört es, dass nach einer krachenden Niederlage alles auf den Prüfstand gestellt werden muss. Die kritische Selbstbefragung schließt Personalien zwingend mit ein. Denn wenn alle Verantwortlichen im Amt bleiben, bleibt auch sonst alles beim alten. Es genügt nicht, Kreide zu fressen und Besserung zu geloben. Aus

einem mit politischem Mandat ausgestatteten Saulus ist bislang noch nie ein Paulus geworden. Das war eine biblische Legende.

Das Maß der Mitverantwortung ist bei jedem Parteimitglied unterschiedlich groß, am größten aber bei jenen, die die Partei führen. Der Bundesgeschäftsführer zum Beispiel trägt eine größere Verantwortung für Wahlstrategie und inhaltliche Ausrichtung der Partei als ein einfaches Parteimitglied – man kann sagen: eine entscheidende. Ansagen der Parteivorsitzenden finden eine höhere Verbreitung als die Meinung einer Basisgruppe; was in der Bundestagsfraktion gesagt wird, besitzt eine andere Wirkung als etwa eine Erklärung des Ältestenrates. Deshalb denke ich, dass ein Neustart nicht ohne personelle Konsequenzen erfolgen kann. Der Parteitag im Sommer in Erfurt ist nach meiner Überzeugung dafür die letzte Chance, es wird keine weitere geben.

In der Partei, aus der ich komme, kursierte die Lösung von der Einheit von Kontinuität und Erneuerung, wobei jedermann und jedefrau sah, dass die Erneuerung allenfalls Phrase war, um die Stagnation zu verdecken. Wohin dies am Ende führte, wissen wir alle. Marx irrte vielleicht doch, wenn er – Hegel zitiert – meinte, dass sich Geschichte zweimal zutrüge, »das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce«. Auch wenn sich Geschichte in Wahrheit nicht wiederholt, sind Analogien nicht völlig von der Hand zu weisen. Nach meinem Eindruck scheinen sich in unserer Partei bestimmte Prozesse zu wiederholen. Die SED ging zugrunde, weil die Führung selbstgefällig und arrogant, unbeirrt und unbeeindruckt ihren Kurs verfolgte und ignorierte, was die kritische Basis daran anstößig fand. Damit zerstörte diese Führung objektiv die Partei von oben. Das Ende ist bekannt.

Am Ende meiner Tage fürchte ich die Wiederholung. Die politischen Folgen des Scheiterns vor mehr als 30 Jahren können wir im Osten Deutschlands besichtigen. Die Folgen des Scheiterns der Linkspartei werden ganz Deutschland und die europäische Linke insgesamt treffen. Das eine wie das andere ist irreparabel. Dessen sollten wir uns bewusst sein! Wir tragen darum eine große Verantwortung – jede Genossin, jeder Genosse und die Partei als Ganzes.

Als Vorsitzender des Ältestenrates war ich mir immer dieser Verantwortung bewusst. Wir haben gemäß der Bundessatzung der Partei gehandelt: »Der Ältestenrat berät aus eigener Initiative oder auf Bitte des Parteivorstandes zu grundlegenden und aktuellen Problemen der Politik der Partei. Er unterbreitet Vorschlä-

ge oder Empfehlungen und beteiligt sich mit Wortmeldungen an der parteiöffentlichen Debatte.« Allerdings musste ich, mussten wir erleben, dass unsere Vorschläge und Empfehlungen ohne sichtbare Wirkung blieben, weshalb ich wiederholt auch öffentlich die Frage stellte, ob es dieses Gremiums überhaupt bedarf. Wir waren augenscheinlich überflüssig und lästig, was die Ignoranz deutlich zeigte. Unsere Erfahrungen brauchte niemand.

In westdeutscher Hand

Natürlich gibt es – wie in jeder Familie – auch in unserer Partei einen Generationenkonflikt. Die Neigung der Nachwachsenen, den Rat der Alten als Belehrung oder Bevormundung zu empfinden, ist mir nicht fremd: Ich war schließlich auch einmal jung. Zu diesem Konflikt kommt auch noch der der unterschiedlichen Herkunft. Wer im Osten geboren und aufgewachsen ist, hat eine andere Sozialisation erfahren als die Genossinnen und Genossen aus dem Westen. Sozialisation schließt ein: Bildung, Sprache, Umgangsformen, Mentalität, Erfahrung, Stabskultur ... Das alles schwindet mit den Jahren, wie deren Träger auch verschwinden. Es wirkt jedoch nach. Über Generationen. Die Ostdeutschen, auch das muss gesagt sein, sind nicht die besseren Menschen. Sie sind anders. Das sollte sowohl in der Partei selbst als auch in ihrer politischen Arbeit bedacht werden. Geschieht das nicht, erhält man – wie jüngst geschehen – bei Wahlen die Quittung. Bundestagswahlen gewinnt man nicht im Osten, aber man verliert sie dort.

Ich kann mich nicht des Eindrucks erwehren, dass auch die Partei wie seinerzeit das östliche Land inzwischen in westdeutscher Hand ist. Ihre Vertreter und Verbündeten geben den Ton an. Wie im Staat gibt es keine Einheit, ich nenne den Zustand Zweiheit. Und das scheint nunmehr auch in der Partei der Fall zu sein. Ja, ich weiß, die Zusammensetzung der Partei hat sich geändert, viele junge Leute aus West wie Ost sind hinzugekommen. Sie kommen vornehmlich aus Städten und nicht vom Lande, haben andere Bedürfnisse und Interessen als wir damals, als wir in ihrem Alter waren. Umso wichtiger ist, dass wir ihnen bewusst machen, aus welcher traditionsreichen Bewegung ihre/unser Partei kommt, was ihre Wurzeln sind und wofür Generationen gekämpft haben: nämlich nicht für die Stabilisierung des kapitalistischen Systems, sondern für dessen Überwindung.

Und den Charakter des Systems erkennt man nicht mit Hilfe des Ausschnittsdienstes und der sogenannten sozialen Medien, sondern aus Theorie und Praxis und deren Verbindung. Ich

scheue mich deshalb nicht, eine systematische politische Bildungsarbeit in der Partei zu fordern. Natürlich ist das kein Allheilmittel, aber nützlich, um die Welt zu erkennen und zu bestimmen, was die Aufgabe der Partei ist. Auch wenn deren Zustand im steten Wandel begriffen ist, ändert sich der Charakter der Klassengesellschaft nicht. Lautmalerei, Anglizismen und Gendern oder der Kampf gegen die Klimakatastrophe überwinden die sozialen Gegensätze in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft nicht. Das vermeintliche Verschwinden des Industrieproletariats hat doch die Arbeiterklasse nicht ausgelöscht. Die Sozialforschung spricht inzwischen vom Dienstleistungsproletariat, und meint jene abhängig Beschäftigten, die für wenig Geld arbeiten müssen, um zu existieren: Krankenschwestern und Pfleger, Verkäuferinnen im Supermarkt und Außendienstmitarbeiter in Logistikunternehmen, Angestellte bei der Post, im Handel, in der Gastronomie und im Tourismus und so weiter. Sie machen laut jüngsten Untersuchungen inzwischen bis zu 60 Prozent der Beschäftigten aus und sind kaum gewerkschaftlich organisiert. Sie sind ebenso Arbeiterklasse wie die etwa 18 Prozent in Industriebetrieben Tätigen. Diese nahezu vier Fünftel der Gesellschaft kommen in der Wahrnehmung unserer Partei kaum vor. Es ist ja keine Klasse, keine Mehrheit, nur eine Randerscheinung ...

Kampf um den Frieden

Nicht weniger gefährlich ist diese absurde Äquidistanz zur Außenwelt. Man kann nicht zu allen Bewegungen und Staaten den vermeintlich gleichen ideologischen Abstand halten. Wer in das gleiche Horn stößt wie die kapitalistischen Kritiker Russlands und Chinas, Kubas, Venezuelas usw. macht sich objektiv mit ihren erklärten wirtschaftlichen und politischen Gegnern gemein. Wollen wir ihnen im Kalten Krieg behilflich sein beim Anrichten eines Scherbenhaufens wie in den Staaten des arabischen Frühlings, in Afghanistan, in der Ukraine und in anderen Staaten, wo die Geheimdienste und die Militärmachinerie des Westens wüteten? Natürlich sollen wir nicht alles gutheißen, was in anderen Ländern geschieht. Aber bei unserer Beurteilung ist es nicht nur nützlich, sondern auch nötig, die Perspektive der anderen einzunehmen. Im Kampf um den Frieden darf es keine Neutralität geben. Der christlich-europäische Kulturreis, aus dem wir ebenso kommen wie Karl Marx und der ganze Kapitalismus, kann nicht die Elle sein, mit der wir die Welt vermessen. Es gibt Kulturvölker, die uns Jahrtausende voraus sind. Und es gibt Prioritäten, die auch Willy Brandt setzte: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.

Liebe Susanne, liebe Janine, ich kann versprechen, Euch künftig mit Schreiben wie die-

sem zu verschonen. Meine Kraft ist aufgezehrt, ich kann nur auf die Enkel hoffen, die es besser ausfechten. Da schwingt Hoffnung mit. Und die stirbt bekanntlich zuletzt.

In solidarischer Verbundenheit

Hans Modrow

Berlin, 17. Januar 2022



(Foto Wilfried Steinfath, Berlin)

Vor der Gedenkstätte in der Lichtenberger Gudrunstraße waren, wie in den Jahren zuvor, Informationsstände von Parteien, Zeitungen und Organisationen aufgebaut, die in der Regel großen Anklang fanden. Darunter auch ein Informationsstand von ISOR e.V.

Auch an anderen Ständen waren ISOR Mitglieder aktiv. So unser Genosse Fritz Mergen am Stand von cuba si.

*

Sehr geehrter Herr Böhm,
Sehr geehrte Mitglieder des TIG Leipzig
der ISOR e.V.

Wir möchten ihrem Verein und ihren Mitgliedern unseren aufrichtigen Dank aussprechen für die Unterstützung der Spendensammlung des Aktionsbündnisses ZukunftDonbass e.V. Viele ihrer Mitglieder haben uns im vergangenen Jahr Spenden zukommen lassen, sowohl in Form von Geld- als auch Sachspenden. Dafür sind wir Ihnen Allen sehr dankbar, denn dies ist ein großartiges Zeichen der Solidarität mit der notleidenden Bevölkerung im Donbass. Seien sie versichert, dass diese Hilfe ihr Ziel erreicht hat, denn Ihre Spenden haben dazu beigetragen, dass sowohl die beiden LKWs 28 und 29 als auch der LKW 30 mit den Weihnachtsspenden durchgeführt werden konnten und die Hilfe im Donbass angekommen ist. Nochmals von Herzen kommenden und aufrichtigen Dank für diese Unterstützung.

Mit solidarischen Grüßen

i.N. d. AK ZukunftDonbass e.V.

Iwana Steinigk



TIG-Forum

Solidarität mit den Menschen im Donbass

2021 war ein Jahr, in dem sich unsere TIG an einer Reihe unterschiedlicher solidarischer Aktionen beteiligte und unsere Mitglieder mit hohem Engagement diese Aktionen unterstützt haben. Für uns waren die Solidaritätsaktionen mit den Menschen im Donbass, die unter komplizierten Bedingungen, besonders dem aggressiven Verhalten der ukrainischen Machthaber durch fortwährende und gesteigerte kriegerische Auseinandersetzungen und einer sich verschärfenden politischen, sozialen und militärischen Lage um ihr Leben und um ihre soziale Sicherheit bangen müssen, von besonderer Bedeutung. Den Aufrufen und Bitten des Aktionsbündnisses „ZukunftDonbass“ folgend, beteiligten sich unsere Mitglieder an der Unterstützung des 28., 29. und 30. LKW-Spendentransports (der 30. Transport wurde als Weihnachtssolidaritätstransport für Kinder, kinderreiche Familien und alte Men-

schen ausgestaltet) für die Bevölkerung des Donbass mit Geld- und Sachspenden. Besonders hervorzuheben ist, dass eine Vielzahl von Mitgliedern den Aufrufen und Empfehlungen unseres TIG-Vorstandes gefolgt sind, spontan und individuell zu spenden. Längere Zeit für organisierte Spendensammlungen stand im Hinblick auf die Termine der Zusammenstellung der LKW-Transporte nicht zur Verfügung. Um einen Hinweis für die Organisatoren zu geben, dass ISOR-Mitglieder gespendet haben, haben wir unseren Mitgliedern empfohlen, auf den Überweisungen oder Sachspenden zu vermerken, dass sie als ISOR-Mitglieder gespendet haben. Am 11. Januar erreichte uns ein Dankschreiben der stellvertretenden Vorsitzenden des Aktionsbündnisses, das uns sehr überraschte und auf eindrucksvolle Weise bestätigt, dass unsere Solidarität dringend gebraucht wird. Nachfolgend wollen wir den Lesern der „ISOR aktuell“ den Wortlaut des Schreibens bekannt geben.

Wir werden auch in diesem Jahr den Gedanken der Solidarität mit den Menschen im Donbass aufgreifen und das Aktionsbündnis „ZukunftDonBass“ e.V. bei der Ausstattung weiterer LKW-Transporte unterstützen. Für interessierte TIG geben wir die Kontaktdaten des Vereins bekannt.

„AK ZukunftDonbass e.V., Köhlergasse 30, 99842 Ruhla,
www.zukunftdonbass.org, Email: steinigki@zukunftdonbass.org,

VR 310999, AK Zukunft Donbass e.V. Sparkasse Wartburg
IBAN: DE18 8405 5050 0012 0411 81 BIC: HELADEF1WAK.

Durch den Freistellungsbescheid des Finanzamtes Mühlhausen vom 03.04.2020, Steuer NR. 157/141/05113 sind wir (AK ZukunftDonBass e.V.) als ausschließlich und unmittelbar gemeinnütziger Verein dienend anerkannt.“

Gerald Böhm, Vorsitzender der TIG Leipzig

Abschlusserklärung vom Bundesausschuss Friedensratschlag zum 28. Bundesweiten Friedensratschlag am 4. Dezember 2021

„Widerstand gegen Aufrüstung und Krieg, Aufbruch für Abrüstung und Frieden“

Von der neuen Regierungskoalition von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP ist kein Umsteuern in der Außen- und Militärpolitik zu erwarten. Der vorliegende Koalitionsvertrag gibt wenig Hoffnung auf eine Entspannungspolitik. Im Gegenteil, die aggressive Einkreisung Russlands und Chinas soll verschärft werden. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr sollen – trotz des verheerenden Afghanistan Krieges – nicht beendet, sondern für die „Durchsetzung der “regelbasierten internationalen Ordnung“ ausgeweitet werden.

Besonders an der Westgrenze Russlands, in Afrika, aber auch im Pazifik und im Nahen Osten werden die Kriegsdrohungen lauter. Statt das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen zu stärken, wird weiter auf das „Recht des Stärkeren“ gesetzt. Die Koalition will mit ‚Strategischer Souveränität‘ für die EU und mit der NATO als „Sicherheitspfeiler“ die militärische Eskalation fortsetzen. Der Druck auf unabhängige Staaten soll mit Blockaden und Sanktionen weiter verstärkt werden. Damit wird die Weltflüchtlingskatastrophe, die vor allem in Kriegen unter Beteiligung von NATO-Staaten ihren Ursprung hat, zunehmen.

Auch wenn die angekündigte Teilnahme als Beobachter an der Vertragsstaatenkonferenz des UN-Atomwaffenverbotsvertrages – eine Folge des Drucks der Friedensbewegung – einen anderen Eindruck zu vermitteln sucht: Atomwaffen werden in Deutschland weiterhin einsatzbereit gelagert, sogar treffsicherer gemacht, die „atomare Teilhabe“ bleibt Teil der offensiven Kriegsführungsstrategie. Es wird kein Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag angestrebt und auch Rüstungsexporten wird kein klarer Riegel vorgeschnitten. Das angekündigte Rüstungskontrollexportgesetz ist unzureichend. Nach dieser Koalitionsvereinbarung sollen die Aufrüstungspolitik und die zwei-Prozent-Forderung der NATO sowie eine weitere EU-Militarisierung realisiert werden. Die Anschaffung bewaffneter Drohnen – sollte dieser Plan im Koalitionsvertrag nicht gestoppt werden – und die Absicht, neue Atombomber anzuschaffen und am 500 Milliarden-Euro-Projekt FCAS weiterzuarbeiten, sind eine deutliche Absege an friedenspolitische Positionen. Die Mittel für diese weiter forcierte

Hochrüstung fehlen im Bereich der Sozialpolitik, der Bildung, Gesundheit, der Ökologie und in allen weiteren Bereichen der Daseinsvorsorge.

Dass nach dem Koalitionsvertrag Deutschland künftig für einen „vernetzten und inklusiven Ansatz langfristig drei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in internationales Handeln investiert“, und „so seine Diplomatie und seine Entwicklungspolitik stärkt und seine in der NATO eingegangenen Verpflichtungen erfüllt“, signalisiert, dass mit allen Mitteln eine militarisierte Globalstrategie betrieben werden soll.

Gegen diese Politik ist breiter Protest und Widerstand einer außerparlamentarischen Opposition mit klaren Positionen erforderlich. Wir werden daher weiter aktiv bleiben und müssen neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter für einen wirklichen politischen Wandel gewinnen. Denn eine ernsthafte und wirkungsvolle Friedenspolitik ist unabdingbare Voraussetzung für die Bewältigung der vielen globalen und regionalen Krisen und Herausforderungen, die die Zukunft der Menschheit bedrohen.

Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, Rassismus und Abschiebungen bekämpfen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, das schafft Perspektiven für Entwicklung und soziale und globale Sicherheit.

Die Friedensbewegung fordert einen wirklichen Politikwechsel:

Abrüsten statt Aufrüsten, Frieden und Kooperation, das geht nur mit einer neuen Entspannungspolitik und internationaler Zusammenarbeit.

Rüstungsexporte müssen verboten werden, bewaffnete Drohnen und Atomwaffen verschwinden, die Bundeswehr muss die Auslandseinsätze beenden.

Statt Kriegspropaganda und Militarisierung fordern wir Zukunftsinvestitionen für eine internationale, gemeinsame Sicherheit.

www.friedensratschlag.de

(redaktionell bearbeitet/ISAK)

*

Zwischenfrage

Wie bitte? Nur 5000 Helme vom deutschen Kriegsverteidigungsamt für die Ukraine?

Bitte nochmal nachrechnen.

Die Anzahl der Helme, die seit 80 Jahren auf deutschen Soldatenfriedhöfen dort über Holzkreuzen hängen und durch ihren Zustand kaum eine nochmalige Nutzung gestatten, ist bedeutend höher.

Also ist eine Nachfrage in Kiew angezeigt, um „Engpässe“ bei der „Materialschlacht“ zu vermeiden.

w.k.

Im Spiegel der „Freien Presse“ vom 18. und 19. Januar 2022

Bezüglich des Dresscodes gab es beim Antrittsbesuch der Bundesaußenministerin, am 18.1.2022, dem ersten Termin „nicht bei Freunden“, keinerlei Tadel. Politisch kann man das nicht behaupten. Ihr Satz, nach dem Protokollbesuch am Grabmal des Unbekannten Soldaten im Moskauer Alexandergarten, es „...erfüllt mich mit Scham und Ehrfurcht. Nichts kann das Ausmaß des Leids und der Zerstörung, die wir Deutschen über die Völker der Sowjetunion gebracht haben, aufwiegen.“, war von allen ihren sonstigen Äußerungen die angemessenste. Ansonsten hatte sie nicht viel Neues zu verkünden. Nicht am Vortag, gegenüber dem ukrainischen Außenminister Kuleba, der ständig beschwore, gemeinsam weiteren Aggressionen Russlands Einhalt zu gebieten (welche eigentlich?). Seine gebetsmühlenartig vorgebrachten Forderungen nach deutschen Waffenlieferungen für Kiew, schienen selbst Frau Baerbock peinlich zu sein. Ihre Trostangebote des „langen politischen Atems“ in Sachen Solidarität mit der Ukraine, Austausch im Bereich der erneuerbaren Energien und Wasserstofftechnologien, frustrierten wiederum den Außenamtschef Kiews. Beim Antrittsbesuch am folgenden Tag beim Außenminister der Russischen Föderation, Lawrow, schwächelte Frau Baerbock noch mehr. Erwartungsgemäß kam dann zur Verbesserung der frostigen Beziehungen zwischen Berlin und Moskau nichts heraus. Allgemeinplätze wie, „Es gibt keine Alternative zu stabilen Beziehungen zwischen Moskau und Berlin.“,

hätte sie sich sparen können. Im Rahmen der Nato und unter Führung des transatlantischen Übervaters USA hat Deutschland seit 1990 alles getan, das deutsch - russische Verhältnis zu destabilisieren - Osterweiterung der Nato entgegen anderslautenden Versprechungen, Eliminierung Russlands aus europäischen und internationalen Foren, Teilnahme an allen möglichen politischen Attacken gegen Russland, auch wenn sie noch so haarsträubend und verlogen waren. Die „Fälle“ russischer Aggression gegen die Ukraine, Abschuss MH 17, die „Fälle“ Skripal und Nawalny, Mordfall Changoschwili. Das alles bei ständiger Militärpräsenz der Nato vor Russlands Westgrenze, einschließlich deutscher Truppen in den baltischen Staaten und fast 600 Militärstützpunkten der USA rings um die Russische Föderation. Frau Baerbock drehte die alte Leier auch bei ihrem Antrittsbesuch: Anmahnung der Menschenrechte (als Vertreterin eines Staates in dem politische Demonstrationen Dauerzustand sind), Anmahnungen in der inneren Angelegenheit der Auflösung der Organisation „Memorial“ und natürlich Kremlgegner Alexej Nawalny. Ob nach dieser Leier von Baerbock genannten Felder für mehr Zusammenarbeit beim Klimaschutz, dem Handel und in der Hochschulausbildung für die russische Deutschlandpolitik beindruckend waren, ist zu bezweifeln.

Kommentiert von **Norbert Staffa**

*

Bei anderen gelesen

„Ich habe es satt, oder, um es noch klarer auszudrücken: ich habe die Schnauze voll vom permanenten und immer religiöser werden den Klima-Geschwafel, von Energie-Wende-Fantasien, von Elektroauto-Anbetungen, von Gruselgeschichten über Weltuntergangsszenarien von Corona über Feuersbrünste bis Wetterkatastrophen. Ich kann die Leute nicht mehr ertragen, die das täglich in Mikrofone und Kameras schreien oder in Zeitungen drucken. Ich leide darunter miterleben zu müssen, wie aus der Naturwissenschaft eine Hure der Politik gemacht wird. Ich habe es satt, mir von missbrauchten, pubertierenden Kindern vorschreiben zu lassen, wofür ich mich zu schämen habe. Ich habe es satt, mir von irgendwelchen Gestörten erklären zu lassen, dass ich Schuld habe an Allem und an Jedem - vor allem aber als Deutscher für das frühere, heutige und zukünftige Elend der ganzen Welt. Ich habe es satt, dass mir religiöse und sexuelle Minderheiten, die ihre wohl verbrieften Minderheitenrechte mit pausenloser medialer Unterstützung schamlos ausnutzen, vorschreiben wollen, was ich tun und sagen darf und was nicht. Ich habe es satt, wenn völlig Übergeschnappte meine deutsche Muttersprache verhunzen und mir glauben beibringen zu müssen, wie ich mainstream-gerecht zu schreiben und zu sprechen habe. Ich habe es satt mitzuerleben, wie völlig Ungebildete, die in ihrem Leben nichts weiter

geleistet haben als das Tragen einer fremden Aktentasche, glauben Deutschland regieren zu können. Ich kann es nicht mehr ertragen, wenn unter dem Vorwand einer „bunten Gesellschaft“ Recht und Sicherheit dahinschwinden und man abends aus dem Hauptbahnhof kommend, über Dreck, Schmutz, Obdachlose, Drogensüchtige und Beschaffungskriminelle steigen muss, vorbei an vollgekrakelten Wänden. Ich möchte, dass in meinem Land die Menschen, gleich welchen Geschlechts, welcher Hautfarbe und gleich welcher Herkunft geschätzt und unterstützt werden, die täglich mit ihrer fleißigen, produktiven und wertschöpfenden Arbeit den Reichtum der ganzen Gesellschaft hervorbringen: die Mitarbeiter in den Unternehmen, die Handwerker, die Freiberufler, die vielen engagierten und sozial handelnden Unternehmer der kleinen und mittständischen Wirtschaft. Ich möchte, dass die Lehrer unserer Kinder, die Ärzte und Pfleger unserer Kranken und Hilfebedürftigen die Anerkennung, die Wertschätzung und die Unterstützung erhalten, die sie täglich verdienen. Ich möchte, dass sich die Jungen und Ungestümen in den wohlgesetzten Grenzen unseres Rechtsraumes austoben aber sich auch vor ihren Eltern und Großeltern, vor den Alten und Erfahrenen verneigen, weil sie die Erschaffer ihres Wohlstandes und ihrer Freiheit sind.“

Prof. Löschke

ist Mitglied des Hochschulrates der Universität Leipzig, Kuratoriumsmitglied des Max-Planck-Institutes für Mathematik in den Naturwissenschaften, Vorsitzender der Wilhelm-Ostwald-Gesellschaft e.V., Aufsichts-

ratsvorsitzender des Universitätsklinikums Leipzig und Aufsichtsratsvorsitzender des IT-Beratungsunternehmens Softline AG. Knut Löschke gehört weder einer politischen Partei noch einer Religionsgemeinschaft an. Er ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder.
https://www.bundestag.de/webarchiv/Ausschüsse/ausschuesse19/weitere_gremien/enquetek

*

Der Kabarettist Uwe Steimle äußerte bei seinen Auftritten einmal sinngemäß: „Sie können selbstverständlich alles in diesem Land sagen, was Sie denken – Sie müssen nur das Richtige denken.“ Hat der Chef der Bundeswehr-Marine Vizeadmiral Kay-Achim Schönbach etwa nicht das Richtige gedacht, wenn er u. a. von Respekt spricht?

L. Schl.

Wegen Wahrheit geschasst

Seit dem 22.Januar ist die deutsche Marine „kopflos“, gewiss nur kurzzeitig, denn ein neuer Marine-Chef ist schon auf dem Weg zur Kommandobrücke unterwegs. Der bisherige wurde im disziplinarischen Schnellverfahren von der bundesdeutschen Kriegsministerin „geköpft“, weil aus seinem Munde Wahrheit gesprudelt war. Der Inspekteur der Bundesmarine, Vizeadmiral Kay-Achim Schönbach hatte sich erlaubt, vorübergehend seine militärfahrene Meinung zur Ukraine-Krise weltöffentlich zu äußern. Er meinte, der Wahrheit gemäß, die Russland unterstellte Absicht, mit seinen Truppen in der Ukraine einmarschieren

zu wollen, sei „Nonsense“. Zudem maß er sich entgegen der Antirussland-Doktrin der deutschen Regierung an, in realistischer Einschätzung über Putin zu urteilen. Putin wolle „Respekt auf Augenhöhe“ und es sei leicht, „ihm den Respekt zu geben, den er will und den er sich wahrscheinlich auch verdient“, war die Meinung des hochrangigen Militärs der Bundesrepublik. Das war zu viel „Schützenhilfe“ für Russland als NATO-Aggressionsziel sowie gegen die faschistische Machtstruktur der ukrainischen Regierung. Also schnell vorzeitig ins Pensionsgrab mit dem, dessen Kopf kurz mal kluge Gedanken entwischen. Bedauerlich nur, dass der „gestandene Marinesoldat“ so schnell und widerstandslos „kapituliert“. Bevor das „Fallbeil“ des bundesdeutschen Kriegsministerium gegen ihn fiel, bot der eigentliche Wahrheitsverkünder seinen „Rücktritt“ als Marine-Chef an, weil er seine an sich mutigen Aussagen selbst als „unbedachte Äußerungen zur Sicherheits- und Militärpolitik“ deklarierte. Feigheit gegenüber der Wahrheit oder erzwungen?

Manfred Wild, TIG Köpenick

*

Marine-Chef Schönbach nennt das Theater mit der russischen Bedrohungshysterie beim Namen. Er spricht Klartext und sagt richtigerweise „Nonsense“ dazu. Endlich mal ein autorisierter Fachmann mit einer sachlichen Feststellung.

Es ist kaum noch auszuhalten, wie uns eingeprügelt wird, dass wir uns nun endlich vom Russen bedroht gefühlt zu haben. Na gut, die hohen Rüstungsausgaben und Waffenexporte müssen dem Volk schon begründet werden. Unsere Regierungsvertreter mit ihrer erfahrenen Außenministerin an der Spitze tönen nun ständig von der Notwendigkeit, Russland von der Position der Stärke zu begegnen.

Das hat Deutschland schon zweimal versucht und es endetet stets mit einem großen Fiasco. Sollen wir nun noch einen 3.Weltkrieg anstreben? Haben wir etwa mit unser Außenministerin den Bock zum Gärtner gemacht? Man muss kein Militärexperte sein um zu erkennen, wer wirklich mit seinen Droggebärdens den Weltfrieden

in eine gefährliche Schieflage bringt. Allein die bewusst falsche Darstellung der Mächtigkeit der USA und der NATO gegenüber Russland ist in ihrem Zynismus kaum zu übertreffen und kann durchaus als Kriegstreiberei empfunden werden.

Vizeadmiral Schönbach hat sich bei der Bewertung der politischen und militärpolitischen Situation auf der Krim und zur Ukraine von seinem Sachverständ leiten lassen und darauf vertraut, dass andere Menschen auch dazu in der Lage sein sollten. Bedauerlicherweise hat er die Rechnung ohne den Wirt, bzw. ohne die Politiker gemacht und ist nun aus deren Sichtweise nicht mehr tragbar.

Welche Gefahr kommt da wirklich auf uns zu? Was soll daraus werden, wenn wir gerade in der Bundeswehr auf die Erfahrung sachbezogen denkender Offiziere verzichten und lieber den Irritationen amateurhafter Politikerinnen folgen.

Wo bleibt denn da die stolze selbstbewusste BRD oder hat der Spruch, „mehr Verantwortung zu übernehmen“, eine Bedeutung, die wir uns noch gar nicht vorstellen können?

Jürgen Barz, Wismar

Anmerkung der Redaktion:

Die „Ausfahrt“ in die Realität dauerte nicht lange. Der Marine-Chef hat seine Äußerungen inzwischen bedauert und ist in den von Klassenschranken eingehedgten „Heimathafen“ wieder eingelaufen.

Zwischenruf

Nach dem Debakel bei der Bundestagswahl hat die Partei DIE LINKE in ihrem „Newsletter“ vom 15.12.21 ein Strategiepapier veröffentlicht, in dem geophysikalisch sensationelle Forderungen verkündet werden: „Den Kompass neu ausrichten“ will man sollen.

Noch vor 60 Jahren, im Touristenlager der Jungen Pioniere, haben wir gelernt, wie man eine Karte nach dem Kompass ausrichtet. Wichtig war dabei, dass die rote Nadelspitze immer noch Norden zeigt. Es ist zu vermuten, dass beim parteilichen Ausrichten des Kompasses wenigstens die Nadel nach LINKS zeigen soll, egal wohin der Blick sich wendet.

Wenn dieses Vorhaben gelingt, ist es mehr als die Quadratur des Kreises oder so eine ordinäre Parlamentswahl. Die Schlagzeilen wären BILDlich unübertroffen. Es gibt also viel zu tun. Warten wir's ab.

W. St./w.k.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel , Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 26.01.2022

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 23.02.2022

Einstellung im Internet: 04.03.2022

Auslieferung: 09.03.2022

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt Tel.: (030) 29784316

Schatzmeister: Hans-Peter Speck Tel.: (030) 29784317

Fax.: (030) -29784320

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Dienstag bis Donnerstag, 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: http://www.isor-sozialverein.de

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEBEXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16